

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG, ABTEILUNG GEMEINDEN

INHALT

- | | |
|---|--|
| 17. Veranstaltungsleitfaden für die Gemeinden Tirols | 20. Abgabenertragsanteile der Gemeinden
Jänner bis April 2019 |
| 18. Einladungen zu Jungbürgerfeiern | <i>Verbraucherpreisindex für
Februar 2019 (vorläufiges Ergebnis)</i> |
| 19. Abgabenertragsanteile der Gemeinden
April 2019 | |

17.

Veranstaltungsleitfaden für die Gemeinden Tirols

Auf vielfachen Wunsch werden nunmehr im Portal Tirol ein Veranstaltungsleitfaden für die Gemeinden und entsprechende Bescheidvorlagen zur Verfügung gestellt. Der Leitfaden und die Bescheidvorlagen sind im Portal Tirol wie folgt einsehbar:

Gemeindeanwendung Land Tirol → **Info-Gemeinden** → **WIKI Abt. Gemeinden** → **Inhaltsverzeichnis** → **Veranstaltungsleitfaden**.

Der Veranstaltungsleitfaden wird in diesem Merkblatt für die Gemeinden Tirols wiedergegeben.

Gesetzliche Grundlagen

- Tiroler Veranstaltungsgesetz 2003 - TVG , LGBl. Nr. 86/2003 idF LGBl. Nr. 144/2018
- Tiroler Bauordnung 2018 - TBO 2018, LGBl. Nr. 28/2018 idF LGBl. Nr. 144/2018
- Gemeinde-Verwaltungsabgabenverordnung 2007 - GVAV, LGBl. Nr. 31/2007 idF LGBl. Nr. 17/2014
- Kommissionsgebührenverordnung 2017 - KGebV, LGBl. Nr. 28/2017
- Gebührengesetz 1957, BGBl. Nr. 267/1957 idF BGBl. I Nr. 62/2018

Allgemeines

Mit dem Tiroler Veranstaltungsgesetz 2003 - TVG wird ein Großteil des landesgesetzlichen Regelungsbedarfes im Bereich des Veranstaltungswesens abgedeckt. Mit dem Inkrafttreten des TVG wurde vom bisherigen Bewilligungssystem abgegangen und ein Anmeldesystem eingeführt.

Der § 3 TVG (siehe unten) mit der Überschrift „Allgemeine Grundsätze“ ist gleichermaßen Zielbestimmung, Beurteilungsmaßstab und Handlungsauftrag. Diese Bestimmung ist maßgeblich für die Beurteilung, ob

- die Anmeldung einer Veranstaltung bescheinigt werden kann;
- die Veranstaltung nur unter Einhaltung von Auflagen genehmigt werden kann;
- eine Veranstaltung untersagt werden kann oder muss;
- eine Veranstaltung unterbrochen oder abgebrochen werden muss.

„(§ 3) Öffentliche Veranstaltungen sind so durchzuführen und die hierfür verwendeten Betriebsanlagen sind in allen ihren Teilen so zu planen, herzustellen, zu errichten,

einzubauen, zu ändern, zu betreiben, instand zu halten und instand zu setzen, dass sie

a) dem Stand der Technik, insbesondere den bau-, sicherheits- und brandschutztechnischen sowie hygienischen Erfordernissen entsprechen;

b) weder das Leben oder die Gesundheit von Menschen noch die Sicherheit von Sachen gefährden;

c) Menschen weder durch Lärm, Geruch, Rauch, Erschütterung, Wärme, Lichteinwirkung oder Schwingungen noch auf andere Weise unzumutbar belästigen;

d) keine Störung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit oder eine Verletzung sonstiger öffentlicher Interessen, insbesondere solcher des Jugendschutzes, erwarten lassen;

e) das Ortsbild, das Landschaftsbild und die Umwelt nicht wesentlich beeinträchtigen.“

Was ist eine öffentliche Veranstaltung im Sinne des TVG? (§ 2)

Veranstaltungen im Sinne des TVG sind Unternehmungen, die der Unterhaltung, Erbauung oder Ertüchtigung der Besucher oder Teilnehmer dienen; hiezu gehören insbesondere Theater- und Zirkusvorstellungen, Konzerte, Tanzunterhaltungen, Ausstellungen, sportliche Wettbewerbe, Schaustellungen, Belustigungen; weiters die Ausübung des Fiaker- oder Pferdewagenunternehmens und der Betrieb von Hobbyzügen.

Eine Veranstaltung ist öffentlich, wenn sie allgemein oder gegen Entgelt zugänglich ist. Als öffentlich gilt eine Veranstaltung jedoch auch dann, wenn z. B. bei der Veranstaltung eines Vereines die Mitgliedschaft nur zum Zwecke der Teilnahme an der Veranstaltung erworben wird. Der Veranstaltungsbegriff wird allgemein von den Höchstgerichten (VfGH und VwGH) weit ausgelegt.

Welche Veranstaltungen unterliegen grundsätzlich nicht dem TVG? (§ 1)

Das TVG gilt nicht für öffentliche Veranstaltungen

a) von Körperschaften, Anstalten und Fonds des öffentlichen Rechts im Rahmen ihres Aufgabenbereiches;

b) von gesetzlich anerkannten Kirchen oder Religionsgesellschaften;

c) im Rahmen der Wahlwerbung zu allgemeinen Vertretungskörpern;

d) von Schulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung;

e) die in einem untrennbaren Zusammenhang mit Tätigkeiten stehen, deren Regelung in die Zuständigkeit des Bundesgesetzgebers fällt.

Diese Ausnahmen gelten jedoch nicht für öffentliche Veranstaltungen, die überwiegend der Unterhaltung der Besucher dienen, wie Konzerte, Bälle, Festtage, Partys und dergleichen.

Anmeldepflichtige und nicht anmeldepflichtige Veranstaltungen (§ 4)

Öffentliche Veranstaltungen sind bei der nach § 25 zuständigen Behörde anzumelden.

Sofern bei einer Veranstaltung nicht mehr als 1.000 Besucher erwartet werden und eine Beeinträchtigung der Erfordernisse nach § 3 erfahrungsgemäß nicht zu erwarten ist, bedürfen keiner Anmeldung (hier werden nur die am öftesten vorkommenden Ausnahmen des § 4 aufgelistet):

- Veranstaltungen in Gebäuden, sofern der baurechtliche Verwendungszweck oder die gewerberechtliche Betriebsform die Durchführung der jeweiligen Veranstaltung umfasst (z.B. Veranstaltungen im Gemeindesaal oder Veranstaltungszentrum der Gemeinde);
- Veranstaltungen, die gemeinnützigen, mildtätigen, wissenschaftlichen, bildungsspezifischen oder politischen Zwecken dienen;
- die Aufstellung von bestimmten Spielautomaten;
- Sportveranstaltungen lokalen Charakters (z.B. örtliche Fußballspiele, lokale Radrennen, lokale Skirennen, usw.);
- Veranstaltungen im Rahmen des ortsüblichen Brauchtums.

Bei der Prüfung ob eine konkrete Veranstaltung allenfalls nicht anmeldepflichtig ist, müssen immer beide Kriterien (nicht mehr als 1.000 Besucher und erfahrungsgemäß keine Beeinträchtigungen nach § 3 zu erwarten) erfüllt sein. Beispielsweise ist auch ein örtliches Fußballspiel anmeldepflichtig, wenn es in der Vergangenheit immer wieder „Probleme“ im Sinne des § 3 gegeben hat.

Zuständige Behörde (§ 25)

Behörde im Sinne des TVG ist

a) der Bürgermeister der Gemeinde, in der die Veranstaltung durchgeführt werden soll, in der Stadt Innsbruck

- der Stadtmagistrat,
- b) die Bezirkshauptmannschaft, wenn sich die Veranstaltung auf das Gebiet mehrerer Gemeinden eines politischen Bezirkes erstreckt,
- c) die Landesregierung, wenn sich die Veranstaltung auf das Gebiet mehrerer politischer Bezirke erstreckt.

Verfahren

Veranstaltungsanmeldung (§ 6)

Öffentliche Veranstaltungen sind bei der zuständigen Behörde als Einzelveranstaltungen, wiederkehrende Veranstaltungen oder ständige Veranstaltungen anzumelden. Veranstaltungen, zu denen mehr als 1.000 Personen gleichzeitig erwartet werden, sind spätestens sechs Wochen, ansonsten vier Wochen vor dem geplanten Beginn der Veranstaltung anzumelden.

Hinweis: Bei geplanten Großveranstaltungen (z.B. Bezirksmusikfeste, Bezirks-Feuerwehrfeste usw.) ist die gesetzliche Anmeldefrist von sechs Wochen viel zu kurz und es ist empfehlenswert, den Veranstalter zu einer früheren Anmeldung anzuhalten.

Die Anmeldung hat die im § 6 Abs. 3 aufgelisteten Unterlagen und Informationen zu enthalten. Sind die Anmeldeunterlagen unvollständig, ist die unverzügliche Erteilung eines Verbesserungsauftrages im Sinne des § 13 Abs. 3 AVG zweckmäßig.

Ermittlungsverfahren

Auf das Ermittlungsverfahren sind die Grundsätze des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991 - AVG (Parteienrechte, Akteneinsicht, Parteigehör usw.) anzuwenden. Partei des Verfahrens ist nur der Anmelder/Veranstalter; das TVG sieht keine Nachbarrechte vor. Unabhängig davon hat die Veranstaltungsbehörde die Interessen der Nachbarn (vgl. dazu insbesondere § 3 lit. c) im Auge zu behalten.

Die Behörde hat zunächst die Voraussetzungen des § 5, insbesondere die Zuverlässigkeit des Veranstalters, zu prüfen. In der Folge ist anhand der eingereichten Unterlagen zu prüfen, ob die gesetzlichen Voraussetzungen für die Durchführung der angemeldeten Veranstaltung vorliegen. Je nach Art und Größe der Veranstaltung hat die Behörde die erforderlichen Sachverständigen beizuziehen. Sind für die Durchführung der Veranstaltung Betriebsanlagen notwendig bzw. der

Aufbau von Anlagen geplant, ist die Beiziehung eines Bausachverständigen unabdingbar. Hierzu kann der örtliche Bausachverständige herangezogen werden. Je nach Art der Veranstaltung wird die Beiziehung weiterer Sachverständiger (je nach Fachbereich) notwendig sein.

Sicherheits- und rettungstechnisches Konzept (§ 6a und 6b)

Bei Veranstaltungen, zu denen mehr als 1.500 Besucher oder Teilnehmer erwartet werden, hat der Veranstalter der Behörde mit der Anmeldung ein sicherheits- und rettungstechnisches Konzept vorzulegen. Die Behörde hat das Konzept zu prüfen und zum Konzept (zwingend) eine Stellungnahme der zuständigen Sicherheitsbehörde (das ist die zuständige Bezirkshauptmannschaft bzw. in der Stadt Innsbruck die Landespolizeidirektion) einzuholen. Ergänzend ist im Bedarfsfall zur Festlegung von brandschutztechnischen Maßnahmen die örtliche Feuerwehr beizuziehen.

Hinweis: Unabhängig der gesetzlichen Verpflichtung wird die Einholung einer Stellungnahme der Sicherheitsbehörde zum Konzept schon allein im Hinblick auf die dortigen Erfahrungen mit der Durchführung von Großveranstaltungen als wertvolle Hilfestellung dringend empfohlen.

Bei historisch gewachsenen Veranstaltungen (§ 6b) kann anstelle der Vorlage eines Konzeptes eine mündliche Verhandlung unter Beiziehung von Sachverständigen zur Abklärung, unter welchen Voraussetzungen die Veranstaltung durchgeführt werden kann, abgehalten werden.

Zur Sicherung des ordnungsgemäßen Ablaufes von Veranstaltungen mit hohem Gefährdungspotential (§ 18), wie große Sportveranstaltungen, Konzerte und dergleichen, kann bzw. hat die Behörde besondere Maßnahmen (verpflichtender Ordnungsdienst usw.) vorzuschreiben.

Exkurs: Aufstellung von Zelten/Zeltfeste

Zelte, die im Rahmen von öffentlichen anmeldepflichtigen Einzelveranstaltungen nach dem TVG aufgestellt werden, sind vom Geltungsbereich der Tiroler Bauordnung 2018 ausgenommen (vgl. § 1 Abs. 3 lit. t TBO 2018). Ist jedoch die Veranstaltung nach dem TVG nicht

anmeldepflichtig, unterliegt die Zeltaufstellung so wie bisher dem Regime der TBO. In beiden Fällen ist den entsprechenden Verfahren jedenfalls ein Bausachverständiger beizuziehen.

Im Hinblick darauf, dass Zelte zur Durchführung größerer Veranstaltungen gerade in den Sommermonaten aufgestellt werden, ist auf die zunehmend feststellbaren Wetterbesonderheiten (insbesondere schnell aufziehende Stürme ect.) besonders Bedacht zu nehmen. In diesem Zusammenhang wird daher empfohlen, bescheidgemäß die ständige Beobachtung der Wettersituation vorzuschreiben. Eine derartige Auflage könnte lauten wie folgt: *„Bei der Veranstaltung sind entsprechende Wetterbeobachtungen durchzuführen. Geben diese Beobachtungen Grund zur Annahme, dass durch Witterungseinflüsse die den statischen Berechnungen zugrundeliegenden Lastenannahmen überschritten werden, müssen Sicherheitsmaßnahmen (z.B. Absage oder Abbruch der Veranstaltung, Räumung des Zeltes und dergleichen) ergriffen werden.“*

Ebenso wird aus Haftungsgründen dringend empfohlen, dem Veranstalter aufzutragen, den Auf- und Abbau des Zeltes nur in Anwesenheit des Zeltverleihers bzw. Zeltmeisters durchzuführen.

Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass hinsichtlich der für Zelte geltenden ÖNORMEN und sonstigen fachlichen Fragen die Abteilung Allgemeine Bauangelegenheiten beim Amt der Tiroler Landesregierung kontaktiert werden kann (E-Mail: baupolizei@tirol.gv.at; Telefon: 0512/508/4140).

Parteiengehör

Wie oben bereits ausgeführt, sind auf das nach dem TVG durchzuführende Ermittlungsverfahren die Bestimmungen des AVG anzuwenden. Sofern die Veranstaltung nur mit Auflagen genehmigt werden kann, ist vor der Erlassung des Bescheides das Parteiengehör im Sinne des § 45 Abs. 3 AVG zu wahren, indem dem Veranstalter die Auflagen zur Kenntnis gebracht werden und ihm Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben wird.

Nachdem Veranstaltungen erfahrungsgemäß oft erst kurz vor der geplanten Durchführung angemeldet werden, kann die Wahrung des Parteiengehörs durchaus auch in

der Form durchgeführt werden, dass die Auflagen mit dem Veranstalter persönlich besprochen werden und darüber bei der Behörde ein Aktenvermerk angelegt wird.

Erlassung von Bescheiden

Nach Abschluss des Ermittlungsverfahrens hat die Behörde den Bescheid zu erlassen. Dazu werden im Portal Tirol zwei Bescheidvorlagen zur Verfügung gestellt:

A) Bescheinigung gemäß § 7 TVG

Wenn die Anmeldung die vollständigen Angaben und Unterlagen zur Beurteilung des Vorliegens der gesetzlichen Voraussetzungen enthält und für die sichere Durchführung der Veranstaltung im Sinne des § 3 die Vorschreibung von Auflagen nicht erforderlich ist, hat die Behörde dem Veranstalter eine Bescheinigung auszustellen.

B) Bescheid mit Auflagen gemäß §§ 7 und 8 TVG

Sofern die Behörde für die sichere Durchführung der Veranstaltung im Sinne des § 3 die Vorschreibung von Auflagen für erforderlich hält, sind diese in den Spruch des Bescheides aufzunehmen und deren Notwendigkeit in der Begründung des Bescheides darzutun. Die vorgeschriebenen Auflagen müssen verhältnismäßig sein. Die Behörde kann dem Veranstalter bei anmeldepflichtigen und nicht anmeldepflichtigen Veranstaltungen mit Bescheid jederzeit Maßnahmen vorschreiben, die zur Erfüllung der Erfordernisse nach § 3 notwendig sind (§ 8 Abs. 1).

Aberkennung der aufschiebenden Wirkung

Im Hinblick auf die Rechtsmittelfrist von vier Wochen kann es zur Durchsetzung der vorgeschriebenen Auflagen notwendig sein, einer allfälligen Beschwerde gegen den Bescheid die aufschiebende Wirkung abzuerkennen (siehe dazu den diesbezüglichen Spruchpunkt in den Bescheidvorlagen).

Verfahrenskosten

Grundsätzlich fallen als Kosten des Verfahrens Verwaltungsabgaben und Gebühren an, welche bescheidgemäß vorzuschreiben sind. Für den Fall, dass Amtshandlungen (z.B. Lokalausweise) außerhalb der Amtsräume durchgeführt werden, sind zusätzlich Kommissiongebühren vorzuschreiben.

1) Verwaltungsabgaben

Gemäß Ziffer 40. der Gemeinde-Verwaltungsabgabenverordnung 2007 sind für die Ausstellung einer Bescheinigung über die Anmeldung einer Veranstaltung bzw. Vorschriften für eine Veranstaltung (§ 6 in Verbindung mit den §§ 7 und 8) nachfolgend angeführte Verwaltungsabgaben vorzuschreiben:

a) Veranstaltung zu der bis 1.500 Personen gleichzeitig erwartet werden

1. für eine einmalige Veranstaltung € 50,--
2. für wiederkehrende oder ständige Veranstaltungen € 100,--

b) Veranstaltung zu der mehr als 1.500 Personen gleichzeitig erwartet werden

1. für eine einmalige Veranstaltung € 200,--
2. für wiederkehrende oder ständige Veranstaltungen € 400,--

2) Gebühren nach dem Gebührengesetz 1957

a) Eingabegebühr für die Anmeldung gemäß § 14 Tarifpost 6 € 14,30

b) Beilagengebühr gemäß § 14 Tarifpost 5 € 3,90 für jeden Bogen, jedoch nicht mehr als € 21,80 je Beilage.

3) Kommissionsgebühren

Für Amtshandlungen (z.B. mündliche Verhandlungen) außerhalb des Amtes sind nach der Kommissionsgebührenverordnung 2017 Kommissionsgebühren für jedes teilnehmende Amtsorgan in der Höhe von € 17,50 je angefangene halbe Stunde vorzuschreiben.

Hinweis:

Vielfach werden Veranstaltungen von den örtlichen Vereinen (Musikkapelle, Schützen, Landjugend usw.) und Feuerwehren angemeldet. Die Verfahrenskosten sind auch hier vorzuschreiben, zumal es sich dabei um gesetzliche (hoheitliche) Abgaben handelt.

Nicht abgabepflichtig sind nur:

- Hinsichtlich der Verwaltungsabgaben Gebietskörperschaften (Bund, Land, Gemeinden) wenn diese im

Rahmen ihrer öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen oder zur Befriedigung eines öffentlichen (kommunalen) Bedarfes tätig werden, weiters bei der Abwicklung von Katastrophenschäden (siehe im Einzelfall § 1 des Tiroler Verwaltungsabgabengesetzes 2019).

- Hinsichtlich der Gebühren nach dem Gebührengesetz 1957 Gebietskörperschaften (Bund, Land, Gemeinden) im Rahmen ihres öffentlich-rechtlichen Wirkungskreises, sowie weitere öffentlich-rechtliche Körperschaften (siehe im Einzelfall im Gebührengesetz 1957). **Achtung: Die Feuerwehren sind als Körperschaft öffentlichen Rechts von der Eingaben- und Beilagengebühr befreit!**

- Hinsichtlich der Kommissionsgebühren Land und Gemeinden.

Überwachung der Veranstaltung

Die Überwachung der anmeldepflichtigen und der nicht anmeldepflichtigen öffentlichen Veranstaltungen obliegt grundsätzlich der nach § 25 zuständigen Behörde, somit auf Gemeindeebene dem Bürgermeister, jedoch in der Stadt Innsbruck der Landespolizeidirektion.

Die Überwachungsbehörde hat gemäß § 10 umfangreiche Befugnisse und kann während der Betriebszeiten sämtliche Betriebsanlagen betreten und überprüfen. Bei Gefahr im Verzug ist der Zutritt auch außerhalb der Betriebszeiten zu gewähren.

Die Behörde kann die Räumung von Betriebsanlagen bzw. des Veranstaltungsgeländes verfügen, wenn eine unmittelbare Gefahr für das Leben oder die Gesundheit von Menschen oder die Sicherheit von Sachen besteht oder dem begründeten Anschein nach strafgesetzwidrige Veranstaltungen abgehalten werden.

Sofern erforderlich, ist zur Durchsetzung der genannten Maßnahmen die Ausübung unmittelbarer behördlicher Befehls- und Zwangsgewalt zulässig. Dabei haben die Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes (Polizei) der Behörde im Rahmen ihres gesetzmäßigen Wirkungsbereiches Hilfe zu leisten (§ 28).

18.

Einladung zu Jungbürgerfeiern

Von Seiten des Landes gibt es keine Richtlinien und Vorgaben, ob und wie eine Jungbürgerfeier durchzuführen ist. Es bestehen auch keine gesetzlichen Bestimmungen dazu, wer allenfalls Anspruch auf die Teilnahme an einer solchen hat.

Somit kann grundsätzlich jede einzelne Gemeinde selbst darüber entscheiden, wen sie zu ihrer Jungbürgerfeier einlädt. Bei dieser Entscheidung sind sie aber trotzdem an das Tiroler Antidiskriminierungsgesetz 2005 gebunden, welches auch für Gemeinden bei der Besorgung von Aufgaben der Privatwirtschaftsverwaltung gilt. Wenn nun also Jungbürgerfeiern organisiert und Kriterien festgelegt

werden, wer eingeladen wird, so muss unbedingt darauf Bedacht genommen werden, dass keine Diskriminierung insbesondere aufgrund von ethnischer Zugehörigkeit bzw. Staatsangehörigkeit stattfindet.

Denn das Land Tirol fördert ein friedliches Miteinander in einem gemeinsamen Europa, sodass im Sinne der Gleichbehandlung und zur Vermeidung von Diskriminierungen nach sachlichen Kriterien überlegt werden muss, wer teilnehmen darf und wer nicht.

*Mag.^a Isolde Kafka
Antidiskriminierungsbeauftragte des Landes Tirol*

19.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden April 2019

Ertragsanteile an	2018	2019	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	9.328.283	10.009.260	680.977	7,30
Lohnsteuer	19.421.524	21.709.714	2.288.190	11,78
Kapitalertragsteuer	955.641	1.097.923	142.282	14,89
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	916.326	480.408	-435.918	-47,57
Körperschaftsteuer	16.694.292	17.981.005	1.286.713	7,71
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-9	0	9	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	80.546	697	-79.849	-99,13
Stiftungseingangssteuer	505.780	26.236	-479.544	-94,81
Bodenwertabgabe	127.175	133.138	5.963	4,69
Stabilitätsabgabe	113.206	206.725	93.519	82,61
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	48.142.764	51.645.107	3.502.343	7,27
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	23.892.628	22.746.917	-1.145.711	-4,80
Tabaksteuer	1.233.876	1.465.614	231.738	18,78
Biersteuer	51.761	51.088	-673	-1,30
Mineralölsteuer	3.310.369	2.053.950	-1.256.419	-37,95
Alkoholsteuer	137.539	155.996	18.457	13,42
Schaumweinsteuer	34.192	31.452	-2.740	-8,01
Kapitalverkehrssteuern	22	6	-16	-72,43
Werbeabgabe	91.902	91.115	-788	-0,86
Energieabgabe	971.335	558.353	-412.982	-42,52
Normverbrauchsabgabe	354.892	366.928	12.036	3,39
Flugabgabe	89.273	56.437	-32.836	-36,78
Grunderwerbsteuer	9.295.802	9.798.419	502.617	5,41
Versicherungssteuer	853.473	937.444	83.971	9,84
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.686.369	1.707.148	20.779	1,23
KFZ-Steuer	110.965	120.658	9.694	8,74
Konzessionsabgabe	192.256	190.545	-1.711	-0,89
Summe sonstige Steuern	42.306.654	40.332.070	-1.974.585	-4,67
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Gesamtsumme	90.449.418	91.977.176	1.527.758	1,69

20.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis April 2019

Ertragsanteile an	2018	2019	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	23.942.779	24.015.658	72.879	0,30
Lohnsteuer	89.093.321	98.389.789	9.296.468	10,43
Kapitalertragsteuer	5.660.502	6.155.958	495.456	8,75
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	2.996.407	2.222.348	-774.059	-25,83
Körperschaftsteuer	35.262.987	40.149.526	4.886.539	13,86
Abgeltungssteuern Schweiz	-210	-16	194	92,28
Abgeltungssteuern Liechtenstein	-42	0	42	100,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	81.552	6.201	-75.351	-92,40
Stiftungseingangssteuer	534.592	71.509	-463.082	-86,62
Bodenwertabgabe	-13.519	320.141	333.660	2468,03
Stabilitätsabgabe	385.076	383.095	-1.981	-0,51
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	157.943.444	171.714.210	13.770.766	8,72
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	84.844.643	85.550.968	706.324	0,83
Tabaksteuer	6.163.192	6.288.830	125.638	2,04
Biersteuer	620.016	606.834	-13.183	-2,13
Mineralölsteuer	14.520.141	13.514.701	-1.005.440	-6,92
Alkoholsteuer	576.230	609.925	33.695	5,85
Schaumweinsteuer	89.921	89.500	-421	-0,47
Kapitalverkehrssteuern	699	1.577	878	125,59
Werbeabgabe	426.270	423.359	-2.910	-0,68
Energieabgabe	3.777.760	3.654.890	-122.870	-3,25
Normverbrauchsabgabe	1.450.234	1.432.540	-17.694	-1,22
Flugabgabe	376.507	227.178	-149.328	-39,66
Grunderwerbsteuer	35.100.274	41.175.064	6.074.790	17,31
Versicherungssteuer	3.396.064	3.498.601	102.537	3,02
Motorbezogene Versicherungssteuer	5.414.234	5.742.711	328.477	6,07
KFZ-Steuer	248.732	262.295	13.563	5,45
Konzessionsabgabe	1.103.805	1.117.907	14.102	1,28
Summe sonstige Steuern	158.108.723	164.196.880	6.088.158	3,85
Kunstförderungsbeitrag	44.048	44.407	358	0,81
Gesamtsumme	316.096.215	335.955.497	19.859.282	6,28
Zwischenabrechnung	-8.995.968	7.337.103	16.333.071	181,56
Gesamtsumme inkl. Zwischenabrechnung	307.100.246	343.292.600	36.192.353	11,79

VERBRAUCHERPREISINDEX		
FÜR FEBRUAR 2019		
(vorläufiges Ergebnis)		
	Jänner 2019	Februar 2019
	(endgültig)	(vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	105,5	105,5
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	116,8	116,8
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	127,9	127,9
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	141,4	141,4
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	148,8	148,8
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	194,5	194,5
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	302,4	302,4
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	530,7	530,7
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	676,1	676,1
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	678,4	678,4
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat Februar 2019 beträgt 105,5 (endgültige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für den Vormonat Jänner 2019 um 0,0 Punkte unverändert geblieben (Jänner 2019 gegenüber Dezember 2018 - 0,8 Punkte). Gegenüber Februar 2018 ergibt sich eine Steigerung um 1,6 Punkte (+ 1,5 %), für Jänner 2019/2018 um 1,9 Punkte (+ 1,8 %).</p>		

MEDIENINHABER (VERLEGER):

**Amt der Tiroler Landesregierung,
Abteilung Gemeinden,**

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370
www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck